

Zeitschrift: Heimatekunde Wiggertal
Herausgeber: Heimatevereinigung Wiggertal
Band: 81 (2024)

Artikel: Arbeitskämpfe in der Werkzeug- und Maschinenfabrik Reiden
Autor: Huber, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1049986>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverband.

Gruppe Reiden.

Die Unterzeichneten Mitglieder des Verbandes erklären sich alle, die sich für die Eingabe bestimmten Anordnungen zu befolgen, nach Beschluss, von der Eingabe wie sie ist, durchzuführen. Mitglieder die, diese Beschlüsse umgehen, oder gar Trakt tun, verpflichten ^{sich} lt. Versammlg. vom 8. April 1920. Franken 200. als Strafe zu bekaplen.

Reiden, den 17. April 1920.

1. Korer Karl	21	Friedrich Friedrich
2. Weber Wodker.	22	Gassmann Robert
3. Ludy Karl	23	Eigensatz, Pflanz
4. Graf Alfred	24	Offen Josef
5. Herr Bättig	25	Burkli Eugen
6. Gadi Adolf	26	Haberli Johann
7. Gaboriel Ernst	27	Saub Albert
8. R. Schweizer	28	R. Schweizer
9. Kung Albert	29	Stadel Josef
10. Fritz Zimmerli	30	Stadel Josef
11. Weber Eugène	31	Lehmann Hermann
12. Wildi Arnold	32	Lehmann Roth.
13. Zof Graber	33	Rückli Adh.
14. Eusebe Junge	34	Schär Otto
15. Ringgen Ernst		
16. Joh. Schärer		
17. Bättig Felix		
18. Joh. Büchler		
19. Alfred Büchler		
20. Kahl, Hermann		

Arbeitskämpfe in der Werkzeug- und Maschinenfabrik Reiden

Paul Huber

Um die Jahrhundertwende hatten sich im unteren Wiggertal verschiedene industrielle Firmen angesiedelt. Dies führte zu demografischen Veränderungen; die Bevölkerung wuchs und deren soziale Zusammensetzung veränderte sich. Solange die Wirtschaft prosperierte, führte dies zu keinen grossen gesellschaftlichen und politischen Verwerfungen. Das änderte sich im Verlaufe und gegen Ende des Ersten Weltkriegs grundlegend. Der Ausbruch des Kriegs führte zunächst zu einer inflationsbegleiteten Kriegskonjunktur. Die in- und ausländische Nachfrage nach Textilien, Leder, Maschinen und Nahrungsmitteln stieg massiv. Davon profitierten in den ersten Kriegsjahren sowohl die in Reiden ansässigen Unternehmer und ganz besonders auch die Landwirte. Die Verlierer dieser Entwicklung waren die Arbeitnehmer. Deren Löhne hielten mit der Teuerung, die gegen Ende des Krieges 20 Prozent erreichte, bei Weitem nicht mit.

Krieg, Inflation und soziale Not

Der rasante Anstieg der Lebensmittelpreise traf die Familien der Lohnab-

hängigen hart und führte dazu, dass sich die Behörden vermehrt darum kümmern mussten, die Versorgung der armen Bevölkerung sicherzustellen. In den Protokollen des Gemeinderates von Reiden mehrten sich Geschäfte, die davon handeln, die grösste Not zu lindern: Abgabe von verbilligtem Brennholz und Petrol; verbilligte Überlassung von Landparzellen zur Kartoffel- und Gemüseproduktion; Verkauf von vergünstigtem und bei den Bauern «konfisziertem» Saatgut an weniger bemittelte Einwohner. Zu den Massnahmen gehörte auch die Aufforderung an die Landwirte, anstelle der einträglicheren Milch- und Fleischproduktion die Getreide- und Kartoffelproduktion zu steigern.

Im Mai 1917 sah sich der Gemeinderat von Reiden genötigt, vom Kanton den Erlass einer Verordnung zum Zeitpunkt des Beerensammelns zu verlangen: «Von den Beeren ist namentlich die Heidelbeere zu einem eigentlichen Volksnahrungsmittel, besonders der ärmeren Bevölkerung geworden», heisst es im Protokoll des Gemeinderates. Die Beeren würden aus purer Not zu früh und unreif gepflückt. Drei Wochen später erliess die Kantonsregierung eine Ermächtigung an alle Gemeinden zur Festlegung eines Beerenpflück-Datums mit (bei Übertretung) einer Bussenkompetenz von bis zu 50 Franken.

«Um zu verhindern, dass Einzelne den Streik vorzeitig abbrechen würden, unterzeichneten alle Arbeiter dieses Dokument, das drakonische Strafen vorsah.»

Foto Paul Huber



«Die Maschinenfabrik Reiden, der Unternehmer Hermann Bossart, der Marketingauftritt mit dem emsigen Treiben beim Verlad und Auslieferung der Bossart'schen Produkte» und der Unternehmervilla.

Fotos Sammlung Hermann Keist und Paul Huber

Es gärt in der Werkzeug- und Maschinenfabrik Bossart

So wichtig diese und weitere Massnahmen waren, sie blieben ein Tropfen auf dem heissen Stein. Die sozialen Gegensätze zwischen Kriegsgewinnern und Kriegsverlierern begannen sich schweizweit zu verschärfen. Die Zahl der Gewerkschafter verdoppelte sich zwischen 1914 und 1918, und Streikbewegungen nahmen nicht nur in den Städten zu. Dies bekam auch der Reider Unternehmer Bossart zu spüren, der 1904 in seinem Heimatort eine Werkzeug- und Maschinenfabrik gegründet hatte und mit Erfolg unter anderem Transmissionen, Holzbearbeitungsmaschinen und Drehbänke produzierte. Auch in seinem Unternehmen trat die Hälfte der Belegschaft der Gewerkschaft SMUV (Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiter Verband) bei. Aus den Dokumenten, die vor ein paar Jahren auf dem Estrich des Reider Lehrers Hans Steiger gefunden wurden und sich nun im Staatsarchiv Luzern befinden, haben wir mehrere Belege dafür, dass es in Bossarts Betrieb spätestens ab Frühjahr 1917 in regelmässiger Folge zu heftigen Auseinandersetzungen, Streikandrohungen und Streiks kam.

Streitpunkte waren unter anderem die Anpassung der Löhne, die Zuschläge für Sonntags- und Nachtarbeit, die



Riemenscheiben für Transmissionen gehörten zu den ersten in der Maschinenfabrik hergestellten Produkten. Foto Paul Huber

Kinderzulagen, die Fabrikordnung und die darin vorgesehenen Bussen, die gewerkschaftlichen Aktivitäten im Betrieb, die zu hohen Akkordvorgaben, schlechtes Werkzeug, Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen, Kündigung unliebsamer aktiver Gewerkschafter, schwarze Listen mit «aufmüpfigen Arbeitern», ein ungehobelter Werkstattchef.

Die Dokumente lassen auch den Schluss zu, dass es für den in einem ländlichen Umfeld aufgewachsenen «Start-up»-Unternehmer Bossart eine neue Erfahrung war, sich mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und einem Sekretär des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes SMUV herumschlagen zu müssen. Die schriftlichen Eingaben des Gewerk-

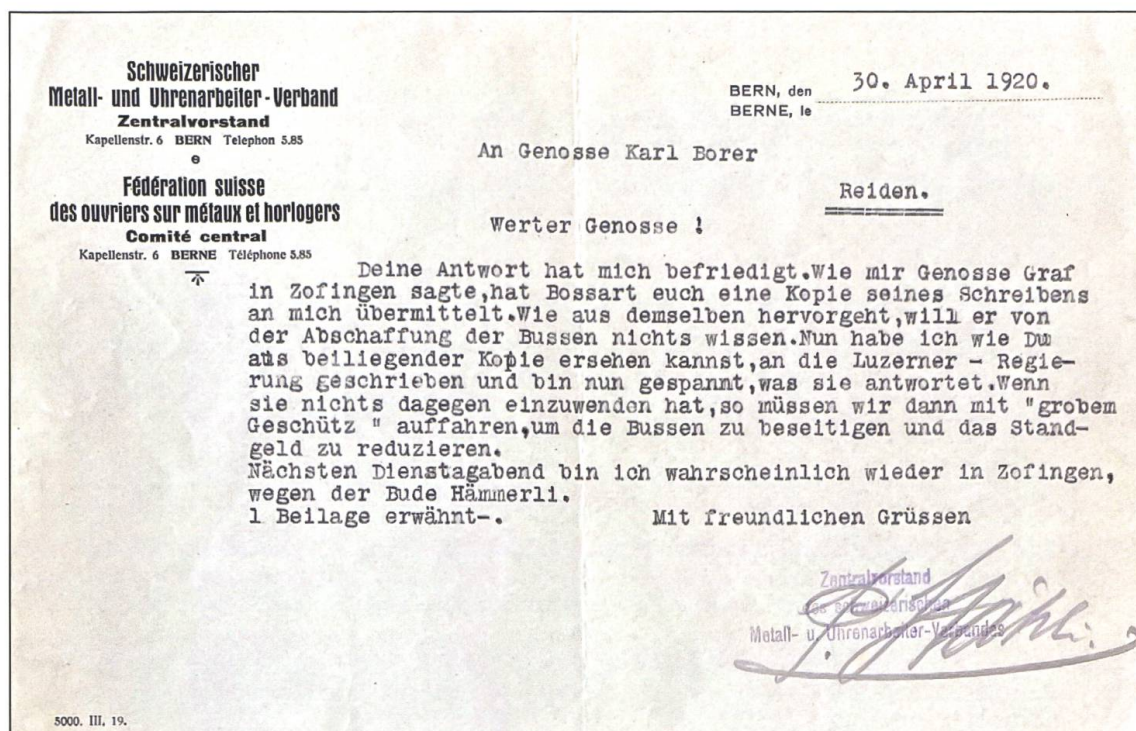
schaftsprofis Stähli zeugen von hoher Sachkenntnis und gewandter Schriftlichkeit. Da dieser Gewerkschaftsprofi für verschiedenste Sektionen zuständig war, verfügte er auch über ein breites Wissen über die Zustände in anderen Betrieben der Region. Er war damit für Bossart ein Kontrahent auf Augenhöhe und konnte auch einschätzen, welche Erfolgsaussichten die an den Betriebsversammlungen formulierten Forderungen haben würden. In einigen Schriftstücken schimmert durch, dass er auch für die missliche Situation des Unternehmers einiges Verständnis hatte. Umgekehrt musste er immer auf der Hut sein, dass die noch junge Gewerkschaftsgruppe im Bossart'schen Betrieb nicht durch spalterische Massnahmen des Unternehmers gefährdet war.

Radikalisierung und Landesstreik

Im Verlauf von 1918 verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation in der Schweiz weiter, und das soziale Elend nahm auch in Reiden dramatisch zu. «Was bedeutet heute ein Stundenlohn von 90 bis 95 Rappen, oder 1 Franken, wenn der Franken jetzt nur noch etwa 40 Rappen wert ist gegenüber vor dem Krieg. Damit müssen auch Sie rechnen Herr Bossart, dass Sie nur auf ganz tüchtige Arbeiter reflektieren können, wenn Sie wirklich hohe Löhne bezahlen»,

schreibt Stähli an Bossart im Juni 1918. Dem Antwortschreiben von Hermann Bossart ist unschwer zu entnehmen, dass er mit seinem Betrieb ebenfalls mit dem Rücken zu Wand stand; nicht zuletzt auch wegen der galoppierenden Inflation. «Sie müssen in Betracht ziehen», so schreibt er an Stähli, »dass der Hauptauftrag, der z.Z. ausgeführt wird, zu Ende des letzten Jahres übernommen wurde, wo die Arbeitslöhne und Materialpreise noch bedeutend tiefer waren, und wir uns bei diesem Auftrag nun ohnehin verrechnet haben». Mit Bezug auf die mit der Teuerung nicht Schritt haltenden Löhne meint Bossart: «Zugegeben, dass die Lebensmittel in hier ebenso teuer sind wie anderwärts, so betragen dagegen die Mietzinse für Wohnungen doch fast 100% weniger als in den Städten und ist den Arbeitern hier zum Selbstpflanzen günstige Gelegenheit gegeben».

Im Herbst 1918 rief das Oltener Komitee den Landesstreik aus, ein Unterfangen, das der Gemeinderat Reiden als Versuch wertete, «unser Staatswesen auf verbrecherische Weise zu zernichten». Auch die Arbeiter der Maschinenfabrik Reiden beteiligten sich – obwohl wir davon nur indirekt erfahren – an diesem für den weiteren Verlauf der Schweizer Geschichte einschneidenden politischen Arbeitskampf. In Reiden waren Truppen stationiert. Kurz nach



«Die meisten Arbeiter der Fabrik waren im SMUV organisiert. Borer vertrat im Arbeitskampf die Arbeiterkommission, Stähli als Profi das Zentralsekretariat». Foto Paul Huber

Streikabbruch sprach der Gemeinderat von Reiden in einem Dankesschreiben vom 16. November dem Kommandanten der Wachmannschaft, Oberleutnant Burri von Littau, seinen überschwänglichen Dank für den Schutz der Bevölkerung während des Landesstreiks aus. Obwohl die Streikenden kurzfristig mit den meisten Forderungen gescheitert waren, wurden in der Folge die Arbeitszeiten im Fabrikgesetz massiv reduziert. Die Konflikte, die sich in der Maschinenfabrik Reiden bis 1922 hinzogen, hatten immer auch mit der Frage zu tun, wie die Anpassung an die gesetzliche 48-Stunden-Woche für Stundenlöhner und Akkordarbeiter umgesetzt werden sollte.

Das Jahr 1919, welches vielen Schweizer Unternehmen eine kurzfristige

Nachkriegskonjunktur bescherte, führte zu weiteren verbalen Scharmützeln zwischen Bossart und dem SMUV-Vertreter Stähli. Auffällig ist dabei, dass die jetzt streikerprobte Arbeiterschaft Druck auf den eher zögerlichen Gewerkschaftssekretär machte. Dieser versuchte zunächst, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb zur Mässigung anzuhalten. Die Lohnbewegung falle unglücklich mit der Verkürzung der Arbeitszeit zusammen, beschied er zunächst der Arbeiterkommission. Diese liess sich aber nicht besänftigen. Stähli musste, wenn er keinen wilden Streik und damit den Verlust des Ansehens der Gewerkschaft bei der Arbeiterschaft riskieren wollte, die Forderungen (Lohnerhöhungen, bessere Werkzeuge und Beseitigung eines in den Augen der Arbeiter

notorisch schikanösen Werkmeisters) an Bossart richten. Mit Erfolg, wie eine Übereinkunft vom August 1919 zeigt.

Die Basis im Betrieb hatte sich nicht nur gegenüber dem Unternehmer, sondern auch gegenüber der eigenen Gewerkschaft durchgesetzt. Zwar durften gemäss der Vereinbarung von 1919 keine weiteren Lohnbewegungen mehr in Gang gesetzt werden, umso entschlossener zeigte die Belegschaft im darauffolgenden Jahr ihr neu gewonnenes Selbstbewusstsein.

Die Kontrahenten gehen aufs Ganze

Mit einer Art Treueschwur eröffnete die SMUV-Gruppe der Maschinenfabrik die Lohnverhandlungen für das Jahr 1920. Die Inflation hatte gerade ihren höchsten Stand erreicht und belief sich auf über 20 Prozent. Den organisierten Arbeitern ging es offenbar darum, sich in der bevorstehenden Auseinandersetzung mit der Direktion auf keinen Fall auseinander dividieren zu lassen. Am 17. April 1920 unterzeichneten sie nach einer Versammlung ein Dokument, durch das sie sich verpflichteten, allen Anordnungen der Gewerkschaft zu folgen, «um die Eingabe, wie sie ist, durchzubringen». Bei Umgehung «oder gar Verrat» drohte eine sehr hohe Busse von 200 Franken (ungefähr ein Monatslohn).

Neben einer Liste von konkreten Lohnforderungen für die im Stundenlohn und im Akkord Beschäftigten ging es in der Auseinandersetzung auch um Bussen bei Übertretung der Fabrikordnung. Der Unternehmensleitung wurde für die Beantwortung der Eingabe eine Frist bis Ende des Monats April gestellt.

Die Antwort der Firma traf einen Tag vor Ablauf der Frist ein. Sie ist im Wortlaut nicht überliefert. Am 5. Mai kam es zu einer ersten Verhandlung. Diese verlief ergebnislos. Nach einem zweiten Gesprächstermin zog sich die Sache weiter hin. Am 11. Mai machte Direktor Bossart, nach Rücksprache mit dem Verwaltungsrat, einen weiteren Vorschlag. Nur für 5 der 24 gelernten Arbeiter, Maschinenschlosser und Dreher sollte die geforderte Lohnerhöhung vollumfänglich bewilligt werden. Die Kinderzulage sollte im Gegenzug gestrichen werden. Ausserdem verlangte die Firma in ihrem Angebot, dass bis Ende des Jahres keine neuen Lohnforderungen gestellt werden dürften. Dieser Vorschlag war aus Sicht der Arbeiter so ungenügend, dass sie am Tag darauf in den Streik traten.

Bereits am Tag des Streikausbruchs erhielt Karl Borer als Streikführer eine Vorladung des Einigungsamts des Kantons Luzern. Die Maschinenfabrik Reiden AG hatte gegen die Streikenden geklagt. Die Verhandlung fand am



Der «Mohren» als Streikzentrale: Von hier aus wurden die Arbeitskämpfe geführt und koordiniert.
Foto Sammlung Hermann Keist

Samstag, 15. Mai, in Luzern statt. Der Vorschlag der Behörde für eine Einigung war für die Streikenden niederschmetternd. Die Löhne sollten, statt 17 Prozent im Durchschnitt, wie gefordert, um 5 Prozent angehoben werden; um weniger als das letzte Angebot der Firma vor dem Streik. Die Arbeit müsse am 18. Mai wieder aufgenommen werden. Zusätzlich wurde das Amtsgericht Willisau vom Einigungsamt beauftragt, die Streikenden per Strafbefehl mit je 5 Franken zu büssen. Bossart triumphierte und behauptete in einer Zeitungseinsendung, die Schuldfrage sei geklärt, der Streik sei leichtsinnig «vom Zaun gerissen» worden.

Nun bewährte sich der zu Beginn der Lohnbewegung unterzeichnete Treueschwur. Die Arbeiter dachten gar nicht daran, den Entscheid des Einigungsamtes zu akzeptieren und führten den

Ausstand weiter. Bei einem zweiten Termin vor dem Einigungsamt wurden die Streikenden, in Vertretung des überlasteten Stähli, von Arbeitersekretär Zimmerli aus Luzern begleitet. Dieser hatte kurzfristig im Hotel Mohren Quartier bezogen und empfahl als Erstes dringend, die Strafanträge für die Bussen nicht anzunehmen und es auf ein Gerichtsverfahren ankommen zu lassen. Dem Streikführer Karl Borer schreibt er dazu: «Wir müssen dieses Ungeheuer einmal vor Gericht austragen lassen. Denn es geht doch nicht an, dass man Arbeiter, die in einen Streik treten, mit Geldbussen bestraft».

«Es hätte bald schiefgehen können»

Der Vermittlungsvorschlag des Einigungsamtes lautete diesmal, nur zehn Tage nach dem ersten, wesentlich

anders. Die Stundenlöhne sollten durchschnittlich um 12 Prozent angehoben werden und auch die Akkordlöhne seien entsprechend zu erhöhen. Die früheren Kinderzulagen sollten bestehen bleiben, immer vorausgesetzt, die Arbeit werde am 28. Mai wieder aufgenommen. Die Parteien sollten sich bis am 27. Mai erklären.

Was den Sinneswandel des Einigungsamtes so kurz nach dem ersten Spruch herbeigeführt hat, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Möglicherweise lag dies am Einfluss des bei den Luzerner Behörden wesentlich einflussreicheren Arbeitersekretärs Zimmerli und des von diesem für Unterstützung beigezogenen Fürsprechers, des Genossen und SP-Grossrats Steiner. Nun verspürten die Arbeiter Oberwasser, und es wurde flugs ein eigenes Flugblatt erarbeitet. Ob diese zweiseitige Schrift unter dem Titel «Zur Steuer der Wahrheit» je verteilt wurde, wissen wir nicht. Sie diente jedenfalls der Legitimation zur Fortsetzung des Streiks. Der Kampf für die gerechte Sache werde weitergeführt «bis zum Sieg».

Zimmerli erhielt am Tag vor Ablauf der gesetzten Frist von Direktor Hermann Bossart einen Kurzbrief in die Streikzentrale im «Mohren» mit einem weiteren Verhandlungsangebot: «Wenn Sie glauben, dass auf der in diesem Schreiben erwähnten Grundlage Verhand-

lungen zu gutem Ende geführt werden können, so erwarten wir Sie im Verlaufe dieses Nachmittags unter vorheriger telephonischer Anzeige».

An dieser Verhandlung schien sich etwas getan zu haben. In einem Schreiben an Borer, das auf die am Vortag stattgefundenen Besprechungen Bezug nimmt, akzeptiert Bossart die ihm vorgelegte Lohnliste und sichert auch die Beibehaltung der Kinderzulagen zu.

Nun wissen wir nicht, ob in diesem Angebot ein weiterer Hund begraben war oder ob die Arbeiterkommission noch von der Qualität dieses Angebots überzeugt werden musste. Bis zur Beendigung des Streiks dauerte es jedenfalls noch weitere zwei Wochen. Dann lag endlich eine Vereinbarung vor, die von den fünf Mitgliedern der Arbeiterkommission unter Führung von Karl Borer, vom Direktor der Firma, Hermann Bossart, und von SMUV-Sekretär Stähli unterzeichnet ist.

Der Streik hatte länger als einen Monat gedauert. Stähli schreibt am 19. Juni in einer Art Fazit an Borer, den Vertreter der Streikenden: «Bossart wird froh sein, dass die Sache wieder im Blei ist. Ich werde nun über den Abschluss noch einige Zeilen publizieren (...) Nun geht's wieder im alten Tempo weiter und es werden alle froh sein, dass wir



Reiden heute, immer noch ein lebendiger Industriestandort, der in den letzten Jahren stark gewachsen ist.

Foto Hermenegild Heuberger-Wiprächtiger

mit einem «blauen Auge» davon gekommen sind, es hätte bald schiefgehen können.»

Ein Beitrag zu einer Erfolgsgeschichte

Die vor zwei Jahren aufgetauchten Dokumente, auf denen dieser Beitrag basiert, sind wichtig, und sie haben uns einen lohnenden Einblick in ein Stück Lokal- und Sozialgeschichte ermöglicht, denn, weiten wir den Blick, stehen die Arbeitskämpfe in der Maschinenfabrik Bossart stellvertretend für unzählige harte und schmerzhaft Auseinandersetzungen, die in der Schweiz zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in der Zwischenkriegszeit geführt wurden. Die Kompromisse, die Bossart und Hunderte anderer Unternehmen und deren Arbeiter finden mussten, waren Lernschritte für das, was ab Mitte der

Dreissigerjahre zu Gesamtarbeitsverträgen und zum sogenannten Friedensabkommen in der Metallindustrie führte. Das wiederum war die Voraussetzung für das, was einen Teil der Erfolgsgeschichte der Schweiz ausmacht: Sozialpartnerschaft, Arbeitsfriede, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.

Zum Autor:

Dr. Paul Huber studierte Geschichte, Englische Literatur und Politologie in Zürich. Von 1987 bis 2003 war er Regierungsrat des Kantons Luzern (SP). Seit seinem Rücktritt engagiert er sich in zahlreichen kulturellen und sozialen Organisationen.

Adresse des Autors:

Paul Huber
Cécile-Lauber-Gasse 4
6005 Luzern
paul.huber@gmx.ch